

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Inserate kosten die Gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg.

Kleinanzeigen pro Zeile 50 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.

Fernsprech-Anschluß Nr. 80.

Postfach-Konto:

Frankfurt a. Main Nr. 7639.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. Lemb in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach.

Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal Fahrplan und einmal Kalender.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13.

Redaktionschluss: 10 Uhr vormittags.

Bezugspreis:

Monatlich 70 Pfg.

Durch die Post bezogen:

Vierteljährlich 2,10 Mark.

Von derselben frei ins Haus geliefert 2,52 Mark.

Nr. 19.

Braubach a. Rhein, Mittwoch, den 23. Januar 1918.

28. Jahrgang.

Schweden und unsere Gegner.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Seit Monaten tauchen von Zeit zu Zeit Gerüchte auf, wonach es den Verbündeten gelungen sei, die schwedische Regierung zur Abtretung eines Teiles der in den Häfen der Verbündeten liegenden schwedischen Schiffe gezwungen zu machen. Diese Gerüchte haben sich nun so verdichtet, daß an ihrer Richtigkeit kaum noch zu zweifeln, zumal von schwedischer Seite ein Widerspruch nicht erfolgt ist. Wir müssen noch mit einer Entschliebung der Stockholmer Regierung rechnen, die in vollem Widerspruch stände zu früheren sehr bestimmten Erklärungen Schwedens und der von diesem tatsächlich innegehaltenen strengen Neutralität. Was würde eine Abtretung schwedischer Schiffe an unsere Gegner in Wirklichkeit bedeuten? Sie würde für unsere Gegner eigenen Schiffsraum frei machen, der selbstverständlich gegen uns zur Verwendung käme. Der Einwand, die schwedischen Schiffe würden nur für die Küstenschifffahrt der Verbündeten in Gebrauch genommen werden, beweist nichts. Jedes in der Küstenschifffahrt entbehrlich werdende Schiff wird für die Überseefahrt verfügbar und selbstverständlich lediglich der Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland dienen, gleichviel ob es Truppen, Munition oder Nahrungsmittel befördert. Schweden würde demnach unseren Gegnern mittelbar Hilfe leisten und zur Verlängerung des Krieges beitragen. Als Grund für die mögliche Nachgiebigkeit wurde schon früher von schwedischer Seite die Notwendigkeit geltend gemacht, Nahrungsmittel für Schweden freizubekommen, dessen Einfuhr von den Verbündeten bisher verhindert wurde. So drängt sich demgegenüber die Frage auf, ob das Eingehen auf die verbändlerische Erpressung eine so gewichtige Verbesserung der schwedischen Ernährungsverhältnisse vertritt, daß das Gegengewicht einer ausgeprochenen Verletzung der Neutralität dadurch zum Emporsteigen gebracht werden dürfte. Die für die erwartete Genugtuung Schwedens, einen solchen Schritt zu begehren, von den Verbündeten auf Vorstich erteilte Erlaubnis zur Einfuhr einer gewissen Menge norwegischer Erzeugnisse sowie die in Aussicht gestellte Freigabe der Ausfuhr von 11000 Tonnen Waren nach Schweden werden vorwiegend für die verbändlerische Gefühlsregung so ziemlich erschöpfen. Selbst wenn der Wille zu höheren Leistungen vorhanden wäre, würde er eine Schranke finden in den Schwierigkeiten, die sich schon bisher der Erfüllung von Aufträgen an andere Staaten entgegenstellten. Mit Rücksicht auf die billigen wirtschaftlichen, die Knappheit der Nahrungsmittel in Amerika selbst hat aber bewirkt, daß es vielfach bei diesen Versprechungen geblieben ist.

Solchen zweifelhaften Vorteilen stehen für Schweden politische Gefahren gegenüber, deren Tragweite nicht zu übersehen ist. Und selbst von solchen unmittelbaren Gefahren abgesehen, müßte sich die schwedische Regierung die Frage vorlegen, ob denn jene Vorteile in irgendeinem vernünftigen Verhältnis ständen zu den vielen Nachteilen, die für Schweden aus einer durch eine Mitschuld bewirkten Verlängerung des Krieges erwachsen müßten. Durch so schwerwiegende Bedenken sollte sich die schwedische Regierung von Schritten abhalten lassen, deren augenblicklicher Scheitern weit überwogen wird durch eine unausbleibliche ernste Schädigung des Landes.

Dunkle Pfade.

Roman von Richard Dismann.

8) Nachdruck verboten.

„Ich begreife Ihr Zittergefäß, mein lieber Grande, und weiß es zu schätzen. Es wird ja auch andere Mittel und Wege geben, um hinter die Wahrheit zu kommen. Wollten Sie mir sonst noch etwas sagen?“

Da der andere mit allen Anzeichen der Unentschlossenheit schwelgend vor sich hinah, fuhr er noch kurzen Worten fort:

„Na, was ist denn? Seit wann halten Sie mich gegenüber damit zurück, wenn Sie etwas auf dem Herzen haben?“

„Es fällt mir so schwer, es zur Sprache zu bringen, Herr Rühlings! Aber schließlich muß es doch wohl sein. Denn ich kann unmöglich länger glauben, daß es sich dabei immer um ein von mir begangenes Versehen handeln sollte.“

„Aber der Tausend — was für Andeutungen sind das?“

„Das ist Ihnen denn passiert?“

„Das Unangenehme, was einem gewissenhaften Kassierer widerfahren kann. Zum drittenmal habe ich heute abend beim Tagesabschluss meine Kasse nicht in Richtigkeit gefunden. Und ich zerbreche mir vergebens den Kopf, um eine Erklärung für das Konto zu finden.“

„Das ist allerdings fatal. Gedenkt es sich um einen erheblichen Betrag?“

„Für mich, der ich mich natürlich ohne weiteres als

Graf Lutzburg über Caillaux.

Das „belastende“ Telegramm.

Der Vorstand zur Verhaftung Caillaux' war bekanntlich ein Telegramm, das der amerikanische Staatssekretär Lansing der französischen Regierung übermittelte. Die fragliche Depesche wurde am 4. Februar 1915 vom deutschen Vorkontrollrat Grafen Bernstorff nach Berlin gerichtet und erhielt eine telegraphische Übermittlung des dortigen Gesandten Grafen Lutzburg. Wie das schwedische Telegrammbureau mitteilt, soll die Depesche u. a. folgende Sätze enthalten:

Caillaux spricht mit Verachtung von Deland; er durchschaut vollkommen Englands Politik, er sieht im Krieg jetzt einen Kampf ums Dasein von Seiten Englands. Gleichwohl er viel über „die Indiskretionen und die tollpörsige Politik in der Wilhelmstrasse“ liest und reflektiert, daß er an die deutschen Grausamkeiten glaube, hat er im wesentlichen seinen politischen Standpunkt kaum geändert. Caillaux hob hervor, welche außerordentliche Vorsicht er beobachten müsse, da die französische Regierung ihn selbst hier überwachete. Er warnt und wegen des Todes, das unsere Zeitungen und besonders die Wiener „Neue freie Presse“ ihm erteilen, und wünschte andererseits, daß die Mittelmeer- und Marokka-Abkommen zum Ziel herabgehender Rüstung gemacht würden. Unser Volk schade seiner Stellung in Frankreich. Caillaux fürchtete Paris und ist darauf gefaßt, Jourés Schiff zu teilen.

Die Depesche — ihre Echtheit vorausgesetzt — beweist vielerlei: Einmal, daß Amerika schon Anfang 1915, als es noch die Welt mit seinen schwüligen Neutralitätsversicherungen überhärmte, Koll und wieder deutliche Telegramme stahl, und zweitens, daß Caillaux die Absichten der Pariser Kriegsherrscher durchschaute. Es spricht für seinen persönlichen Mut und sein gutes Gewissen, wenn er gleichwohl nach Paris ging.

Freie Bahn der Gerechtigkeit.

Wie die Pariser Blätter melden, hat die radikal-sozialistische Kammergruppe, deren Mitglied Caillaux ist, den Beschluß gefaßt, daß es im Landesinteresse geboten erscheine, der Gerechtigkeit ungehinderten Lauf zu lassen. — Die Anhänger des Verhafteten verlangen indes immer stärker die Veröffentlichung aller Dokumente und erklären schon jetzt, daß sie eine Verdunkelung, die etwa im Staatsinteresse liegen könnte, nicht dulden werden. Caillaux, dem im Geiste mancherlei Vergünstigungen gewährt werden, ist voller Zorn. Frau Caillaux rechnet mit ihrer Verhaftung, weil die Feinde ihres Mannes wissen, daß sie nichts unversucht lassen wird, um die Unschuld Caillaux' zu beweisen.

Die Furcht vor einem — Finanzskandal.

Nach Privatmeldungen des „Berliner Tageblattes“ bildet die Hauptursache der Angriffe auf Caillaux die Furcht vor finanziellen Enttarnungen, die der ehemalige Minister machen könnte. Das französische Finanzgebäude stehe auf sehr schwachen Füßen, und es habe eine heillose Verwirrung unter der Verheimlichung der wirklichen Finanzlage Platz gegriffen. Caillaux aber sei in der Lage, die Hauptschuldigen zu nennen.

erlaßmäßig betrachte, ist er erheblich genug. Es fehle mir genau tausend Mark.

„Oh, das ist freilich keine Bagatelle. Und das Malheur passiert Ihnen, wie Sie sagen, heute nicht zum erstenmal?“

„Ich hatte vor etwa 14 Tagen ein Defizit von zweihundert Mark und wenige Tage später ein solches von fünfhundert Mark. Auch damals haben alle Nachforschungen und Berechnungen eine Aufklärung nicht herbeigeführt. Und weil mir somit nichts anderes übrig blieb als die Annahme, daß ich mich bei dem Empfang oder der Beifügung einer größeren Zahlung geirrt haben müßte, habe ich das Fehlende einfach aus meinen bescheidenen Mitteln ersetzt.“

„Ohne mir etwas davon zu sagen? — Daran taten Sie wahrhaftig sehr unrecht. Es ist doch selbstverständlich, daß ich von einem Mitarbeiter, zu dessen Rechenschaft ich unbedingt Vertrauen habe, solche Opfer verlangen noch annehme. Irrtum ist menschlich — und einem so vielbeschäftigten Manne kann leicht genug ein Versehen unterlaufen.“

„Wenn ich an ein Versehen zu glauben vermöchte, Herr Rühlings, würde ich den Verlust auch diesmal stillschweigend hingenommen haben, so schmerzhaft er mich bei meiner Armut zu treffen vermag. Aber Sie werden begreifen, daß ich nach jenen ersten betrübenden Erfahrungen meine Vorsicht nicht verdoppelt, sondern vervielfacht habe. Diesmal, darauf könnte ich einen Eid leisten, ist von einem Irrtum oder einer Nachlässigkeit meinerseits nicht mehr die Rede.“

Bernhard Rühlings rühte unruhig in seinem Schreibstuhl und der. Eine kleine, schwüle Stille folgte den

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

19. Januar. An vielen Stellen der Westfront lebhaftes Feuerleben. — Im Cernobogen Artillerie- und Minenfeuer.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* Kartoffelanbau im Jahre 1918. Im parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamtes ist kürzlich im Anschluß an die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses die Frage der Förderung des Kartoffelanbaues im Jahre 1918 behandelt worden. Es bestand darüber Einverständnis, daß der Kartoffelanbau im kommenden Wirtschaftsjahr nach Möglichkeit gefördert werden müsse und daß es zu diesem Zwecke dringend erwünscht sei, den Landwirten schon jetzt darüber Gewißheit zu verschaffen, daß sie mit einem den Mühen und Kosten des Anbaues entsprechenden Preise rechnen können. Nach längerer Erörterung sprach sich der Beirat in seiner überwiegenden Mehrheit unter Zustimmung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes dahin aus, daß im Interesse der Förderung des Kartoffelanbaues eine Verabreichung des Preises für Kartoffeln gegenüber dem Preise für 1917 nicht anständig sei. Der Kartoffelpreis wird sich dabei auch im Jahre 1918 ebenso wie im Jahre 1917 auf einem Grundsatze von 8 Mark für den Zentner frühkartoffeln und 5 Mark für den Zentner spätkartoffeln aufzubauen haben. Die bisher werden, je nach der Anbaugesegend und bei frühkartoffeln auch nach der Reifezeit, Zuschläge festzusetzen sein, deren nähere Ausgestaltung ebenso wie die Frage, ob und in welcher Höhe Schnelligkeits- und Anbaupremien zu gewähren sind, späterer Entscheidung vorbehalten bleiben muß.

* Über die Zusammenlegung von Vertrieben waren trügliche Anschauungen verbreitet, die infolge eines Schreibens des Reichswirtschaftsamtes an den Verein deutscher Zeitungsverleger und einige andere Organe des Druckgewerbes entstanden waren. Das Schreiben war offenbar verstanden worden, so daß man den Eindruck gewinnen konnte, als sei eine grundsätzliche Entscheidung getroffen worden, von Zusammenlegungen überhaupt abzusehen. Wenn auch bei allen Zusammenlegungen auf die besonderen Verhältnisse des betreffenden Industriezweiges weitgehende Rücksicht genommen und gewissenhaft abgewogen werden wird, so ist mit der Zusammenlegung erzielten Vorteile nicht durch die gleichzeitig entstehenden wirtschaftlichen Nachteile aufgehoben werden, ist eine Zulage, daß überhaupt keine Stilllegungen mehr erfolgen werden, bei der Lage der Wirtschaft unmöglich. Soweit die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse notwendig erfordern lassen sollten, weitere Zusammenlegungen durchzuführen, wird das Reichswirtschaftsamt auf eine enge Fühlungnahme mit den berufenen Vertretern der in Betracht kommenden Wirtschaftskörpern besonderen Wert legen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Eine Viehräuberbande in Rdn. In der Umgebung Kölns wurden die Landwirte von einer organisierten Räuberbande wiederholt heimlich; die Gesellschaft stahl aus den Ställen Schweine, Kühe, Kälber und Ochsen, schlachtete die Tiere auf freiem Felde und brachte die Fleischstücke in Körben zur Stadt. Ein Landwirt verfolgte die Räuber, die auf mitgeführten Wagen davonfuhren. Die Räuber gaben auf den verfolgten Landwirt und dessen Angestellte Revolverkugeln ab. Mehrere Verwundungen gelang es, die Diebe zu verhaften. Vor der Kölner Strafkammer hatten sich zehn Personen zu verantworten; die beiden Hauptangeklagten erhielten zehn Jahre drei Monate, die übrigen fünf Jahre vier Monate Zuchthaus.

lesten Worten des Kassierers. Dann, indem er sich ein wenig gegen Brände vorgebeugt, sagte der Bankier mit gedämpfter Stimme:

„Sprechen Sie es doch offen aus. Sie glauben, man habe Sie um das Geld bestohlen? Es gibt in meinem Kontor jemand, der lange Finger macht? Der andere guckte mit den Schultern.“

„Einen Verdacht anzusprechen, bleibe eine Verantwortung auf sich nehmen, für die ich mich nicht stark genug fühle. Ich muß mich eben mit der Konstatierung der Tatsache begnügen, daß mir dreimal auf unerklärliche Weise Geldbeträge aus dem Tresor verschwunden sind. Und ich muß hinzufügen, Herr Rühlings, daß ich bei einer nochmaligen Wiederholung des Vorkommnisses kaum mehr imstande sein würde, die fehlende Summe zu ersetzen.“

Der Bankier war aufgesprungen.

„Glauben Sie etwa, daß ich mich damit zufrieden geben kann? Wir müssen der Sache doch unter allen Umständen auf den Grund gehen. Mit zweihundert fünfzig an, und heute waren es, wie Sie sagen, schon tausend. Wer steht uns dafür, daß es morgen nicht sechshundert oder fünftausend sind? Und ganz abgesehen von der Höhe des Verlustes — ich kann doch unmöglich ruhig zusehen, wie solche Dinge in meinem Hause geschehen. Der Kassier ist nach allen Seiten durch hohe Glaswände abgeklüffelt.“

Fortsetzung folgt

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 21. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nordöstlich und östlich von Hymn sowie an der Front von Lens bis Crechy hielt gesteigerte Artillerietätigkeit an. Südlich von Vendhuile blieben bei Abwehr eines englischen Vorstoßes Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In einzelnen Abschnitten in der Champagne und in beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerie.

Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten kleinere Unternehmungen unserer Erkundungsabteilungen Erfolg.

In den beiden letzten Tagen wurden 11 feindliche Flugzeuge und ein Festballon abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nicht Neues.

Macedonische Front. Zwischen Bardar und Doiran-See lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der Struma-Ebene kam es mehrfach zu Vorfeldkämpfen, die für die Bulgaren erfolgreich verliefen.

Italienische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Unsere tägliche U-Boot-Beute.

Amlich wird gemeldet: Im westlichen Teil des Eversgebiets um England fügten unsere raslos tätigen U-Boote den Gegnern einen Verlust von 19000 Br.-Reg.-T. Handelskraftvermögen zu.

Die Mehrzahl der Schiffe wurde im Arme- und St. Georges-Kanal unter starker feindlicher Gegenwirkung vernichtet. Unter den Schiffen befanden sich drei größere Dampfer von über 4000 T. Ein Schiff konnte als der englische Dampfer „Colnoro“, der mit Kohlen nach Afrika unterwegs war, festgestellt werden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verbandskriegsrat über Saloniki.

Der Kriegsrat von Versailles erörterte dieser Tage eine Denkschrift, die nach französischen Zeitungen die Zurückziehung der Truppen aus Saloniki dringend empfahl. Die englischen Vertreter setzten sich für den Vorschlag Barrails ein. Auch Amerika lehnte ab, Teile seiner Truppen nach Saloniki gehen zu lassen.

Lloyd George an die Arbeiter.

Neue Erklärungen über Englands Kriegsziele.

In der Rede, die Lloyd George an die Vertreter der Arbeiter zur Begründung der Erhöhung der Altersgrenze für die militärische Dienstpflicht auf 55 Jahre hielt, kam es auf eine Anfrage auch auf die Freiheit des Meeres zu sprechen. Er führte dabei aus, daß England sich vor einer Störung seines Küstenschutzes und seiner Handelskraft schützen müsse. Dann sagte er über die Kriegsziele des Verbandes:

Durch die Vorgänge in Russland ist eine einheitliche Verbandsklärung unmöglich geworden. Die Verhandlungen seien durch die Forderungen der früheren russischen Regierung schwierig geworden, weil die Verbündeten ohne Zustimmung Russlands Konstantinopel als Kriegziel nicht fallen lassen konnten.

Am Schluß gab der Premierminister noch Auskunft über seine Erklärung hinsichtlich Elia-Lothringens.

Für Frankreich war Elia-Lothringen 40 Jahre lang eine offene Wunde. Die Ansicht Frankreichs ist, daß es keinen Frieden gibt, ohne daß diese Frage ein für allemal erledigt ist. Das Volk Elia-Lothringens hat nie aufgehört zu flagen und es besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit für Rückkehr unter französische Flagge ist.

Bismarck meinte Lloyd George, Englands Arbeiter müßten durch den Sieg dafür sorgen, daß der Dienstpflicht in den anderen Ländern ein Ende gemacht werde, dann könne sie auch in England beseitigt werden.

Die Lage im Osten.

Aber die Lage in Russland erfahren wir, daß die Meldungen aus Petersburg selbst an der russischen Front als ein neuer Beweis angesehen werden dafür, daß die Maximalisten entschlossen sind, ihre Macht unter allen Umständen, wenn es sein muß, mit Waffengewalt aufrecht zu erhalten. Petersburg soll sich vollständig in den Händen der Roten Garde befinden. Die Vorgänge in der Hauptstadt werden selbst von den russischen Truppen als ein schreiender Widerspruch gegenüber den Theorien vom Selbstbestimmungsrecht usw. angesehen, die die Führer der Bolschewiki in Brest-Litowsk vertreten haben.

Nach Ansicht russischer Offiziere haben Lenin und Trotski sich in die Friedensverhandlungen mit Deutschland überhaupt nur eingelassen in der Hoffnung, die russische Revolution werde sich inzwischen auf ganz Westeuropa, insbesondere auf Deutschland und Österreich-Ungarn ausbreiten.

Diese Hoffnung, so sagen die russischen Offiziere, habe sich nicht erfüllt. Nur die russische Armee ganz allein sei bis zur Widerstandsfähigkeit demoralisiert und Russland nur als einzige Macht zum Frieden um jeden Preis gezwungen.

Nach den vorliegenden Nachrichten ist tatsächlich an und hinter der russischen Front keinerlei Stimmung mehr für die Fortführung des Krieges vorhanden. Der maximalistische Plan, den Kampf in Gestalt eines heiligen Krieges fortzuführen, wird als bloßer Bluff angesehen.

Die gesprengte Konstituante.

Kanonen und Gewehre im Parlament.

Petersburg, 21. Januar.

Gestern trat der Anstehende Hauptauschuss der Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß um halb zehn Uhr abends die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung.

Mit diesem Beschluß ist die gesetzgebende Versammlung, auf die man in Russland so große Hoffnungen gesetzt hatte, als endgültig aufgelöst zu betrachten. Das Ergebnis kommt denen nicht überraschend, die die Entwicklung der inneren russischen Bewegung in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt haben. Die Maximalisten wollten nur eine Regierung, die auf der Macht der Soldaten, Arbeiter und Bauern beruht. Damit ist das übrige Russland nicht einverstanden. Der Zwiespalt, der seit Wochen immer deutlicher in Erscheinung trat, ist in der Konstituante zum vollen Ausbruch gekommen.

Der Verlauf der Sitzung.

Die Maximalisten, von vornherein entschlossen, der Mehrheit ihren Willen aufzudrängen, hatten das Haus militärisch besetzen lassen. Maximalistische Matrosen mit aufgepflanztem Bajonett hielten in den Gängen Wache. Am Eingang waren zwei Feldgeschütze aufgestellt. Namens der Maximalisten wurde unmittelbar nach der Eröffnung eine „Erklärung der Arbeiterrechte“ verlesen, die verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszwang einführt, daß die Arbeiter bewaffnet und die mühsigen Klassen entwaffnet werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen und die Anleihen für ungültig erklärt werden. Die Erklärung schließt:

Die Konstituante anerkennt, daß sie nach den Grundsätzen gewählt sei, die für die Oktober-Revolution geltend waren, und sie sei daher folgerichtig nicht berechtigt, sich gegen die Sowjet-Regierung aufzulehnen.

Die konstituierende Versammlung beschloß mit 273 gegen 140 Stimmen, die Beratung der Erklärung der Arbeiterrechte zu vertagen; daraufhin verließen die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre den Saal. Die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten nahmen trotz der Drohungen der bewaffneten Matrosen in aller Eile ihre Maßnahmen betreffend den Grund und Boden an sowie den Vorschlag, an die Kriegsführenden Abordnungen zu schicken, um einen Weltfrieden herzustellen. Am 4 Uhr morgens wurde die Versammlung durch die Matrosen aufgelöst.

Streit um die Friedensverhandlungen.

Nach Berichten Schweizerischer Blätter kam es in den Straßen Petersburgs zu blutigen Schlächten. Es fanden Massenverhaftungen statt. Nach denselben Quellen kam es in der gesetzgebenden Versammlung zum Streit über die Friedensverhandlungen. Ein Teil der Versammlung wollte sich nicht mit der Art und Weise einverstanden erklären, in der die Verhandlungen geführt werden. Eichenow stellte fest, daß Russlands Friedenswille bei den Zentralmächten kein Echo gefunden habe, da die Zentralmächte planten, einen Frieden auf Kosten Russlands zu schließen. Die Konstituante müßte die Rettung Russlands in der Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses suchen.

Der Haftbefehl gegen König Ferdinand bestätigt.

Eine Petersburger Zeitung meldet, daß der Befehl der Volksbeauftragten, den König von Rumänien zu verhaften, sich bestätigt. Der revolutionäre Ausschuss der russischen Armee landte den rumänischen Militärbehörden ein Ultimatum, in dem er freien Durchzug der russischen Truppen durch Jassy verlangte.

Maximalistische Blätter melden aus Rischinow, daß zahlreiche rumänische Abteilungen mit den maximalistischen Abteilungen gemeinsame Sache machen und die Abkündigungsmandanten ablehnen. Sowischen den regierungstreuen und maximalistischen Truppen finden blutige Kämpfe statt. Jassy wird von maximalistischen Truppen beschossen.

Der preussische Haushaltsplan.

(110. Sitzung.) RA, Berlin, 21. Januar.
Im preussischen Abgeordnetenhaus kam es heute bei der weiteren Beratung des Haushaltsplanes zu einer den üblichen Umfang übersteigenden und weit ausholenden

Aussprache über polnische Fragen.

Der Verlauf der Prester Verhandlungen und die Tatsache, daß auch der diesjährige Haushaltsplan wieder die Punkte enthält, in denen die zum Schutze des Deutschtums in der Ostmark notwendigen Mittel angefordert werden, gab dem polnischen Abg. v. Trampczonki Gelegenheit, eine Reihe von Fragen zu betreiben, die weit über die preussischen Landesangelegenheiten hinausgehen und sich in den Gebieten der hohen Politik bewegen.

Der polnische Redner stellte sich bei der Wespredung der Friedensfrage auf den Boden der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli und suchte einen Gegensatz hervorzuheben zwischen dem Inhalt dieser Entscheidung und dem Verhalten der Unterhändler der Mittelstände in Brest. Wer keinen Frieden wolle, müsse auch den Grundriss einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in den Fragen des Schutzes der politischen Minderheiten anerkennen. Weiter schildert Abg. Trampczonki die ökonomische Lösung der Nationalitätenfrage als vorbildlich und setzte ihr das Verhalten der Mehrheit des Wahlrechtsausschusses entgegen, die aus nationaler Verbundenheit heraus sogar die vom König zugesagte Wahlreform sabotierte.

Preussens unantastbares Selbstbestimmungsrecht.

Für die Regierung antwortete der Minister des Innern Dr. Dros und hielt vorbehaltlos und läckenlos an dem Grundriss der Selbständigkeit eines jeden Staates und Volkes für die Regelung seiner inneren Angelegenheiten fest. Schiedsgerichte könnten immer nur zur Schlichtung von Streitfragen zwischen den Staaten und den Völkern gelten, während es ein und würdevoll sei, wenn ein Staat sich in seine inneren Verhältnisse von einem anderen hineinreden lassen müsse. Dieses Basillament lehnte der Minister ein für allemal als unentzähllich und völlig indiskutabel ab. Auch der die und da geäußerte Gedanke

einer Art Autonomie für Westpreußen und Posen und im Minister den gleichen grundsätzlichen Widerstand, da diese Bedanke mit dem Grundriss der Einheitlichkeit des preussischen Staatswesens unvereinbar sei. Der Minister schloß mit der Aufforderung an die Preußen politischer Junges, jeden Gedanken einer Losrennung vom Reiche endgültig zu begraben und damit die Politik des Entgegenkommens auch ferner zu ermöglichen.

Der konservative Abg. Dr. Doesch ging auf die Frage nur mit wenigen Worten ein. Er beschränkte darauf, die Forderung eines internationalen Schiedsgerichtes innerpreussische Angelegenheiten als unmöglich zurückzuweisen. Im übrigen schilderte er die Ernährungsverhältnisse unter Feinde, die viel schlimmer seien als die Ernährungsverhältnisse Deutschlands und schloß mit längeren Betrachtungen über die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Erzeugung unter Umständen zu fördern.

Der neue Landwirtschaftsminister v. Eifenhardt sprach einige kurze Einführungsnotizen, in denen er jede mögliche Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung anlagte. Der Fortschrittler Frenkel erörterte die Bedeutung einer ausreichenden Juvonell von Stadtföbungen an Landwirtschaft. Von dem nationalliberalen Abg. Marx wurde die Forderung einer gerechten und gleichmäßigen Steueranlagung in Stadt und Land noch einmal betont und die Regierung nach ihrer Stellung zum Ausbau des preussischen Wasserstraßennetzes gefragt.

Der sozialdemokratische Abg. Saenisch spricht für die bühnende Politik gegen Polen und Dänen, sagt über den Zustand der Belagerungszustand und wendet sich gegen das Verhalten des Reichstages. Als deutsche Sozialdemokraten, sagt der Redner, wünschen wir einen Frieden, der Deutschland unverletzt, unabhängig und in ungehinderter Entwicklungsfreiheit eine elias-lothringische Frage besteht für uns nicht. Ein Vorbringen ist und bleibt deutsches Land.

Abg. Gerold (Sent.) fordert zu vermehrtem Anbau an Kartoffeln auf.

Nächste Sitzung morgen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Das Gerücht, daß deutsche Kohlen für Italien geliefert werden, ist, wie halbamtlich festgestellt wird, den Tatsachen entsprechend. Süddeutsche Blätter behaupten, daß Deutschland nicht nur an die Schweiz, sondern auch an Italien Kohlen liefert, und daß insbesondere die in der Schweiz aus Deutschland eingekauften Kohlenlieferungen nach Italien umgeladen werden. Daß Deutschland nach Italien keine Kohlen liefert, selbstverständlich; dafür, daß nach der Schweiz gelieferte Kohlen nicht nach Italien weitergehen, ist unbedingte Voraussetzung.

* Mit einer Sondervertretung der Bundesstaaten in den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk wird an verschiedenen Seiten gerechnet, nachdem Bayern einen Vertreter abgeordnet hat. Die Nordd. Allg. Ztg. hat sich ausgesprochen, daß die Entsendung des Ministers a. d. a. Bodewits nach Brest auf Grund eines der Reserverechte geschieht, die Bismarck 1870 den Bayern wegen des Anschlusses an den Norddeutschen Bund und des späteren Eintritts in das neue Deutsche Reich zugestand. In andere Bundesstaaten über ähnliche Reservatrechte mit verfügen, entfällt jene Vermutung.

* Eine Vorlage über die Reform des Gemeindefeldrechts in Preußen wird entsprechend den Erklärungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friede und des Ministers des Innern Dr. Dros wahrscheinlich nach dem Kriege dem neuen Landtage gehen. Wie es lautet, wird sie in erster Linie das geheime Wahlrecht in Stadt- und Landgemeinden bringen. Ferner ist ein gestuftes Wahlrecht vorgesehen, das gewisse Rücksichten auf den Besitz nimmt. Auch die Geschäftigkeit wird besonders Berücksichtigung finden. Das Hausbesitzerprivileg soll nicht beseitigt, aber stark beschränkt werden. Endlich wird auf die Selbstverwaltung auf einzelnen Gebieten eine Erweiterung erfahren.

Schweiz.

* Die Urnruhen in Zürich, die deutschschweizerischen Urnruhen trugen, haben sehr ihre gerichtliche Sühne gefunden. Das Berner Militärgericht verurteilte die Angeklagten Nidner, Adlin, Leonis, Kallher, Bartel, Reuberger und Weibel wegen Mordverurteilung im Komplott und Gehilfenchaft hierzu zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu zehn Monaten und den Verurteilten. Adlin wurde vom Großen Obergericht freigesprochen. Weibel vier Jahre Gefängnis.

Österreich-Ungarn.

* Über die Reform des Gemeindefeldrechts in Österreich gab Ministerpräsident Dr. v. Seidler in einer Unterredung mit den Vertrauensleuten der Arbeiterpartei die Erklärung ab, daß eine Reform nur unter Anpassung an die besonderen nationalen Verhältnisse in den einzelnen Ländern ins Auge gefaßt und durchgeführt werden könne. Dieser Vorbehalt sei dahin aufzufassen, daß sowohl in der Aussicht gestellte Einbringung der die Neuordnung des Gemeindefeldrechts betreffenden Regierungsvorlagen in den einzelnen Landtagen wie auch die grundsätzliche Zustimmung der Forderung der aus dem Schoße der autonomen Reformen an die Regierung gelangenden Vorschläge nur in der Form erfolgen werde, daß der nationale Land keine Gefährdung erleide.

Schweden.

* Die Wirtschaftsverhandlungen der nordischen Reiche werden weitergeführt. Die schwedischen, norwegischen und dänischen Delegierten zur Ausarbeitung eines Vorschlags zum vergrößerten Warenverkehr zwischen den Ländern hielten wiederum vom 17. bis 20. Januar in Stockholm gemäß dem Beschluß der vorigen Konferenz in Stockholm Sitzungen ab. Schweden wird nach der vorgesehenen Vereinbarung hauptsächlich Waren aus Eisen, Stahl und Holz, gewisse Maschinen und Papiermaschinen, Norwegen Salpeter, andere chemische Erzeugnisse, Fische, Brennholz, Chemikalien und Metalle, Dänemark Getreide, allerlei Lebensmittel, Häute und Samen. Die Einladung der dänischen Delegierten werden die Delegierten im Februar in Kopenhagen wieder zusammenkommen.

Das konzentrierte Licht

Osram



Gasgefüllt - bis 2000 Watt

Neue Typen
Osram-Azola
Gasgefüllte Lampen 25 und 60 Watt
Nur das auf dem Glasballon eingedruckte
Wort OSRAM bürgt für das Fabrikat der
Ausstellungsgesellschaft Berlin 071 - Abwärts erhältlich

Großbritannien.

Der Ausbau des nationalen Hilfsdienstes beschäftigt das Unterhaus. Die Regierung erklärte, daß der ursprüngliche Gesetz habe die Eintragung derjenigen nicht vorgesehen, die nach dem 5. August 1915 15 Jahre alt wurden. Man schätze, daß heute 750 000 junge Leute zwischen 15 und 17½ Jahren vorhanden seien. Es sei nicht beabsichtigt, junge Leute unter 19 Jahren an die Front zu schicken, aber sie seien unverkennbar für industrielle Zwecke nützlich. Es werde auch vorgeschlagen, die Angehörigen der Flotten- und militärischen Streitkräfte in Listen einzutragen, die, wenn auch zu weiterem Kampfe unfähig, doch für irgendwelche industrielle Beschäftigung fähig seien und eine solche wünschten.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 21. Jan. Staatssekretär v. Rüchmann ist aus Breslau zurück hier eingetroffen.

Stuttgart, 21. Jan. Der württembergische Landtag tritt Mitte Februar wieder zusammen.

München, 21. Jan. Das bayerische Königspaar wünscht, daß die Feier seiner goldenen Hochzeit am 21. Februar in einfacher Weise begangen werde.

Wien, 21. Jan. Die gemeldeten Teilstreitkräfte in Wien und anderen Städten Österreichs sind nach kurzer Dauer durch eine Verständigung mit den Arbeitern über deren Forderungen beigelegt worden. Die Arbeit wurde heute morgen in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Wien, 21. Jan. Die Gerüchte von einem Rücktritt des Rabinets Seidler sind unzutreffend.

Budapest, 21. Jan. Der ungarische Ministerpräsident Békassy ist mit der Umbildung des Rabinets betraut worden. Auch das neue Rabinet wird sich zur Wahlreform betonen.

Rotterdam, 21. Jan. Die englische Regierung hat den holländischen Protest wegen der Versenkung des Dampfers „Ester“, das durch englische Kriegsschiffe gezwungen worden war, durch das deutsche Sperrgebiet zu fahren und dort durch ein deutsches U-Boot versenkt wurde, abgelehnt.

Amsterdam, 21. Jan. Die japanische Regierung hat mehrere Kriegsschiffe nach Wladivostok entsandt, um den Hafen zu vertheidigen.

Konstantinopel, 21. Jan. Teheraner Blättermeldungen zufolge ist das Rabinet Ali und Daulak vermutlich infolge englischer Nachschüsse in Südpersien zurückgetreten.

Madrid, 21. Jan. In Alicante traten die Arbeiter plötzlich in den Streik. Es kam zu Straßenkämpfen, in deren Verlauf drei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Genf, 21. Jan. Der Widerstand gegen Clemenceau in der Kammer wächst derart an, daß die rechtsstehenden Organe mit der Möglichkeit der Freilassung Caillaux rechnen.

Petersburg, 21. Jan. Der frühere Minister Buzikowski ist zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Wenn er sich jedoch am Ende eines Jahres einverstanden erklärt, sich jeder Tätigkeit gegen die Bolschewiki zu enthalten, soll ihm der Rest der Strafe erlassen werden.

Lugano, 21. Jan. Auf Grund eines Erlasses müssen die feindlichen Untertanen in Italien künftighin an den Orten wohnen, die ihnen von der Polizeibehörde angewiesen werden.

Kleine Kriegsgeschichte.

Berlin, 21. Jan. Die russische Zeitung „Wostok“ meldet, daß deutsche U-Boote bei Trapesunt Transportdampfer mit russischen Truppen versenken. Die Meldung ist eine böswillige Erfindung, die zu dem Zwecke verbreitet wird, die Friedensverhandlungen zu stören.

Wladivostok, 21. Jan. Gestern nachmittag ging in der Umgebung von Gult ein englischer Zerstörer verloren. Der Zerstörer erklärte, er sei an einem Luftangriff auf das U-Boot beteiligt gewesen. Er steckte die Maschine sofort nach der Landung in Brand.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Gräfin als Schmugglerin. Die Reichsbank in Berlin in Holland verurteilte die deutsche Gräfin v. Platen, geb. Gräfin v. Alben, die in Berlin im Hause des Unterstaatssekretärs v. Stumm wohnhaft ist, wegen Lebensmittelschmuggels zu zwei Monaten Gefängnis bei sofortiger Verbannung. Da die Gräfin sich in Deutschland befindet, wird die Verbannung in Berlin wohl kaum in die Lage kommen, das Urteil zu vollstrecken.

Nah und Fern.

Der Leipziger Ehrenstreik. Aus Leipzig wird berichtet: Der im August 1916 begonnene Ehrenstreik ist nunmehr vollendet. Über 5000 Leipziger Frauen und Mädchen haben an diesem Streik teilgenommen. Der Streik hat hervorragende Erfolge, dessen Ausführung prächtig gelungen ist, kammt von dem Leipziger Akademikerstreik. Der Betrag, den die Frauen und Mädchen als Abgabe für ihre Mitwirkung erzielten, beträgt 40 000 Mark; er wird der Leipziger Kriegsanleihe zugeführt.

Verhaftungen in Lebensmittelmarken-Druckereien. Lebensmittelmarken-Diebstähle in Rotterdam haben zu einer Reihe aufsehenerregender Verhaftungen geführt. Da in zwei Druckereien, die mit der Herstellung der Marken beauftragt waren, Brot- und Buttermarken verheimlicht wurden, wurden ein Faktor, ein Obermaschinenmeister, zwei Maschinenmeister, ein Buchbinder, ein Kontordienst, eine Stenotypistin und ein Magistratsbote verhaftet.

Der Eisenbahnunfall bei Aken. Die Aufklärungsarbeiten an der Eisenbahnunfallstelle bei Aken haben ergeben, daß die Zahl der Opfer glücklicherweise nicht so groß ist, wie ursprünglich befürchtet wurde. Es sind 23 Leichen geborgen, darunter 11 Soldaten. Vermißt werden bis jetzt noch zwei Personen. Ferner sind 19 schwer und zehn leicht Verletzte in dem Lazarett in Kreuznach in Behandlung.

Erschlagener. In Berlin findet eine auf drei Tage berechnete Hauptversammlung der Brüder für Erlösung statt. Der Eröffnung der Tagung wohnte die Kaiserin bei. Oberstaatsrat Dr. Schwiening sprach über die Aufgaben und über die Entwicklung der Brüder für Erlösung. Oberingenieur Dr. Bedmann über die Erbschwerbeschädigten, besonders über die Armlosen in der Industrie.

Schneesturm in Norwegen. Ein furchtbarer Schneesturm rast an der Westküste Norwegens. Bergen ist meterhoch eingeschneit. Die Bergen-Bahn ist durch Lawinen zerstört und der Busverkehr unterbrochen. Bei Station Fremereid wurde das Bahnwärterhaus durch eine Lawine fortgerissen, wobei die Frau des Wärters und vier Kinder umgekommen sind. Der Bahnwärter wurde durch einen Schneesturm im Tunnel eingesperrt; es ist unmöglich, ihn zu befreien. Unausgesprochen gehen Lawinen längs der Bahnlinien nieder. Die Telegraphen- und Telefonlinien sind im weitesten Umfange gestört. Durch den Sturm an der Küste ist der Schiffsverkehr stark behindert; man befürchtet viele Unfälle.

Wierzig Stunden zwischen Tod und Leben. Von der Nordsee flutet dem Hamburger Fremdenblatt geschrieben: Furchtbare Stunden auf hoher See in einem kleinen Rettungsboot hat vor einigen Tagen der Kapitän Nielsen des norwegischen Handelsdampfers „Kronsfjord“ erlebt. Der Dampfer war in englischem Auftrag mit einer Ladung Kohlen nach Rouen unterwegs. Abends gegen 10 Uhr wurde das Schiff auf hoher See von einem deutschen U-Boot gesichtet, das sofort zum Angriff schritt. Ein Torpedotreffer verursachte eine furchtbare Kesselexplosion; das Schiff brach auseinander und sank innerhalb weniger Minuten. Kapitän Nielsen, der rechtzeitig in ein Rettungsboot flüchten konnte, trieb dann unter unglücklichen Umständen die Nacht über, den ganzen folgenden Tag, die zweite Nacht und den anderen Vormittag als Spielball der Wellen bei Sturm und großer Kälte ohne Schutz und Nahrung umher. Nach vierzig Stunden wurde das Boot mit dem fast leblosen, todähnlichen Kapitän von dem norwegischen Dampfer „Borg“ den ein U-Boot auf seinem Kurs gejagt hatte, entdeckt und an Bord genommen, wo er wieder zu sich kam.

Dr. Friedberg Bevollmächtigter zum Bundesrat.

Berlin, 21. Jan. Wie der Reichsanzeiger meldet, wurde Dr. Friedberg zum Bevollmächtigten des Staatsministers Dr. Friedberg zum Bevollmächtigten Preussens beim Bundesrat ernannt.

Das Attentat auf Lenin.

Kopenhagen, 21. Jan. Über das missglückte Attentat auf Lenin wird noch bekannt, daß Lenin mit dem Sozialisten Platen nach dem Smolny-Institut fuhr, als eine verummutete Person acht Revolverkugeln auf ihn abfeuerte. Mit der ersten Kugel fiel, deckte Platen Lenin mit seinem Leib und zwang ihn, sich auf den Boden des Autos zu werfen. Dadurch entging Lenin dem Tode, während Platen verwundet wurde.

Der rumänische Gesandte verläßt Petersburg. Russische Grenze, 21. Jan. Der rumänische Gesandte in Petersburg Diamant hat die Stadt verlassen.

Gewalttaten der Bolschewiki.

Amsterdam, 21. Jan. Der „Ruska Wiedomosti“ entnimmt die „Times“ Beispiele für die Gewalttätigkeit, mit der die Bolschewiki bei den Wahlen für die Verfassunggebende Versammlung zu Werke gegangen seien. Im Bezirk Krasnojarsk hatten die Bolschewiki Solbaten in die Dörfer eingedrungen und hätten gedroht, jeden zu ermorden, der gegen die Bolschewiki-Kandidaten stimmen würde.

Russen und Rumänen im Kampf.

Russische Grenze, 21. Jan. In der Moldau sind die ersten Zusammenstöße zwischen russischen und rumänischen Truppen erfolgt. Rings um Jassy wird gekämpft. Krasno steht an der Spitze der maximalistischen Truppen.

Kämpfe in Schirakland.

Stockholm, 21. Jan. Ukrainische Truppen trafen Anstalten, um sich der von den Maximalisten besetzten Städte Kuz und Rowno zu bemächtigen. Es ist wahrscheinlich, daß es hier zu heftigen Kämpfen kommen wird. Im Süden gewinnen die Kämpfe zwischen ukrainischen Truppen und Maximalisten an Ausdehnung. Die maximalistische Mannschaft eines kleinen Kreuzers hat ihre Drohung wahr gemacht und beschloß die ukrainischen Stellungen mit Schiffsgeschützen.

Bürgerkrieg in Wladivostok.

Petersburg (indirekt), 21. Jan. „Dien“ meldet aus Wladivostok, daß dort maximalistische und gegenrevolutionäre Truppen im Kampfe stehen. Es wurden 600 japanische Matrosen gelandet.

Ministerstündel.

Stockholm, 21. Jan. „Dien“ meldet, daß die in der Peter-Pauls-Festung sitzenden russischen Minister sich in trauriger Lage befinden und schwer erkrankt seien. Fast alle litten an der Lungenentzündung.

Englische Arbeiterräte.

Rotterdam, 21. Jan. Wie aus London berichtet wird, haben sich in mehreren englischen Industriestädten Arbeiterräte gebildet, die die Arbeiter mit Waffen versehen und im Schießen ausbilden. Die bedeutendsten dieser Arbeiterräte befinden sich in Liverpool, Nottingham und Battersea.

Weibliche Hilfsdienstpflicht.

Osaka, 21. Jan. Laut Daily Telegraph“ befolgt sich die englische Regierung mit dem Plane, die weibliche Hilfsdienstpflicht obligatorisch durchzuführen, da die Bereitschaft der Frauen, die Wunden der an die Front gehenden Arbeiter auszufüllen, sehr viel zu wünschen übrigläßt. Wahrscheinlich soll dieser Frauenzwang eine Ergänzung zur neuen Gesetzesveränderung bilden.

Die Hungerangst in England.

Osaka, 21. Jan. „Times“ beschäftigt sich mit der Lebensmittelnot in England und befürchtet den Ausbruch von Unruhen unter der Arbeiterbevölkerung. Das Blatt sagt, die ungleiche Verteilung der Lebensmittel unter der Bevölkerung wirke aufreißend, namentlich das Hamstern von Fleisch und Fett habe sehr viel böses Blut erregt und bereits wiederholt Anlässe zu Ausschreitungen gegeben.

Caillaux lehnt die Unterschrift ab.

Genf, 21. Jan. Man weiß, daß Caillaux von Clemenceau verfolgt wird, weil er dunkle Dinge über den jenseitigen Ministerpräsidenten weiß. Im Florentiner Schloß behauptete er sogar ein Attentat über die Beziehungen Clemenceaus zu dem Panamaschwindler Cornelius Herz auf. Bei seiner gestrigen Vernehmung wurden Caillaux die in Florenz vorgefundenen Schriftstücke vorgelegt. Das Attentat über Clemenceau fehlte. Darum lehnte Caillaux die Unterschrift des Protokolls ab.

Eine französische Militärmission in Rom.

Rom, 21. Jan. An den letzten beiden Sitzungen des Kriegsrates in Rom nahm auch der Oberbefehlshaber der italienischen Truppen General Diaz teil. Ferner weilte in Rom eine französische Militärmission, die bereits mehrere wichtige Unterredungen mit verschiedenen Regierungsoffizieren hatte.

Die Carrall-Affäre.

Genf, 21. Jan. Nach Turiner Blättern dürfte sich unmittelbar an die Caillaux-Affäre die noch größere Aufsehen erregende Carrall-Affäre anschließen. Die französische Regierung sei im Besitz von Dokumenten, durch die Carrall auf schwere Weise belastet werde.

Japan rüht.

Bern, 21. Jan. Der Schweizer Brestelegraph erzählt aus Tokio, die Militärbehörden stellen ein neues Programm auf, wodurch die japanischen Streitkräfte auf 25 Armeekorps gebracht werden. Jedes Armeekorps wird aus zwei Divisionen zu je drei Bataillonen umfassen, so daß die japanische Armee zukünftig 50 Divisionen statt wie bisher 25 zählen wird.

Locales und Provinziales.

Werkblatt für den 23. Januar.

Sonnenaufgang 7²⁴ | Monduntergang 5⁴⁴ N.
Sonnenuntergang 4³⁴ | Mondaufgang 12²⁴ N.
1806 Englischer Staatsmann William Pitt der Jüngere gest.
— 1848 Dichter Friedrich Hebbel de la Rotte-Foucault gest.
— 1916 Befehl von Schürer durch österreichisch-ungarische Truppen.
— 1917 Deutsch-englisches Seegefecht in den Doelen.

Die Frauenvereine und Kleiderwertungsstellen. Zu den wichtigsten Einrichtungen unserer Kriegszeit, die dem Endzweck aller kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, der Erhaltung wirtschaftlicher Güter vor allem zu dienen beizutragen, gehören ohne Frage die Kleiderwertungsstellen, die überall eingerichtet und der Aufsicht der Kommunalverbände unterstellt sind. Um jedoch die Tätigkeit dieser Stellen so ergebnisreich zu gestalten, wie es im Interesse des Landes, dem sie dienen sollen, wünschenswert erscheint, dürfte es sich für die Kommunalverbände dringend empfehlen, Vertreterinnen von Frauenvereinen (wie „Nationaler Frauenbund“, „Bayerischer Frauenverein“ usw.) in die Vorstände der Kleiderwertungsstellen aufzunehmen. Dies wäre ein äußerst geeignetes Mittel, um das Interesse der Frauenvereine an der Sammlung und Verwertung des Kleiderbestandes zu erhöhen. In mehreren Städten sind Vertreterinnen des Nationalen Frauenbundes in den Arbeitsausschüssen oder der Verwaltung der Kleiderwertungsstellen bereits tätig. Gerade auf diesem Gebiet ist die Mitarbeit der Frauen und insbesondere der Mitglieder von Frauenvereinen, die für eine derartige Tätigkeit die nötigen Erfahrungen mitbringen, überaus wertvoll.

Der Kampf um nichts. In einer Stadt an der Regierungsgrenze lag sich in einem Hotel ein Gast einen Briefbogen mit Unschlag geben und mußte dafür 20 Pf. bezahlen. Da ihm dies zu teuer war, griff er den Wirt bei der Polizei wegen Vergehen gegen die Kriegsgesetze an. Die Polizei aber wies die Sache der Staatsanwaltschaft, diese gab sie dem Schöffengericht zur Aburteilung weiter. Zweimal mußte der Termin verlegt werden, dieses Tage jedoch kam er zuhause. Ein Richter, zwei Schöffen, ein Amtsanwalt, ein Sachverständiger, der Angeklagte, ein Anwalt, eine Zeugin und ein schon didangelwokenes Altesdudel — alles um 20 Pf. Briefpapier! Und trotzdem mußte der angeklagte Wirt festgenommen werden, weil der Sachverständige den Preis den heutigen Verhältnissen auf dem Papiermarkt als angemessen bezeichnete. Die Kosten für die jetzt teuren 20 Pf. trägt die Staatskasse!

Gedenket der Vögel! Schindler andendende Abfälle, Brotkrumen, Kartoffelschalen usw., die sonst in den Regentassen wandern, leisten den Vögeln noch große Dienste. Sie danken dadurch, daß sie im Frühjahr und Sommer das Ungeziefer vertilgen, das den Ertrag der Getreide nicht unwesentlich herabmindert.

Vom Kreislager in St. Goarshausen sind abzugeben:
Für Schwarzwildschäfer:
Fasertschalen, Lärmschale, Fiedlerperlmuschel.
Für Jagdwunde:
Schnecken, Schweinefleisch.
Für Hühner:
gemischtes Körnerfutter, Weizenfutter.
Bestellungen sind stets an das Lager zu richten.

Die Brennholzverfeigerung vom 22. d. M., Distrikt Raumweg 11, wird hierdurch genehmigt.
Brandach, 23. Januar 1918. Der Magistrat.

Bei der Rgl. Verpflegung für Wein-, Obst- und Gartenbau in Weidenheim findet am 11. und 12. Febr. d. J. ein Unterrichtsstund über

Revolutionskrankheit

statt. Anträge auf Teilnahme sind bis zum 20. d. M. schriftlich an uns einzureichen.

Der Magistrat.

Vegetarische Nachrichten.

Schäfer-Gesellschaft v. B.

Heute abends 8 Uhr:

Jahresversammlung im „Leitenden Haus“.

Freiwilliger Verkauf

Am 21. und 22. d. M. wird bei Wegmanns Dampfer für die Quoten A-3 (A nur soweit als beim letzten Male nicht veräußert) verkauft.

Kommunaleinlage und Bezahlung von 2-3 Uhr im Lebensmittellager.

Auf die Familie bis zu 4 Köpfen 1 Pfund, über 4 Köpfen 1½ Pfund. Preis 1,10 Mark je Pfund. Geld muß abgezahlt sein. Weizenfolge ist genau eingehalten.

An Beauftragte wird kein Geld abgegeben.

Brandach, 23. Januar 1918. Wie pol. Verw.

Größerer Posten

Nähgarne

eingetroffen für Maschin- und Handnadeln.

Reptex in seinen Zwirn per An. 65 Pf.

Maschinengarn von 8,10 Mark die Rolle an.

Rud. Neuhaus.

Wetterbericht.

Eigener Wetterdienst.

Stark kälter bei wechselnder Bewölkung.

Vorwiegend trocken.

Bekanntmachungen der Rätischen Behörden.

Zur endgültigen Gründung der
Genossenschafts-Schäferei
(Bestimmung der Rechte und Pflichten der Schaffhalter, Wahl
des Vorstandes pp.) lade ich alle Interessenten auf Mittwoch,
den 23. d. M., abends 8 Uhr in den Sitzungssaal des Rat-
hauses ein.
Leute, welche sich noch Schafe anschaffen wollen, können
auch zur Versammlung kommen.
Der Bürgermeister.

Karbid

für Monat Januar ist eingetroffen.
Chr. Wieghardt.

Fastig's
Knochenkraft
für Schweine, Rindvieh, Geflügel
und Hunde
— Hochwürdig empfohlen — Flasche 2.50 M.
Jean Engel, Braubach.

Die Sammelstelle der mündeligenen Nassauischen Sparkasse

Braubach, Friedrichstr. 13

bietet jedermann Gelegenheit, Ersparnisse
günstig und sicher anzulegen;
auch werden Mündelgelder bei ihr angenommen.

Jederzeit können Einzahlungen von 1 Mark an
zu 3 1/2 % Zinsen bei täglicher Verzinsung
gemacht werden.

Die Verabfolgung neuer Sparkassenbücher erfolgt
kostenlos.

Rückzahlungen von bestehenden Sparguthaben
haben zu jeder Zeit provisorisch statt und zwar
in der Regel ohne Einziehung der in der Sparkassen-
ordnung vorgesehenen Räumungsfrist.

Mündelgelder Schulderschreibungen der Nassauischen
Landesbank werden von der Sammelstelle zum Aus-
weise provisorisch verkauft, die neuen Zinscheinebogen
dieser Schulderschreibungen kostenlos besorgt und alle
Zinscheine der Landesbankschulderschreibungen,
sowie der Deutschen Reichs- und Staatsanleihen
schon 14 Tage vor dem Verfalltag ohne jeden Abzug
eingelöst.

Zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs nimmt
die Sammelstelle auch Schecks auf die Landesbank-
Hauptkasse sowie sämtliche Landesbankstellen zur Ein-
lösung bezw. zur Verrechnung entgegen.

Medizinal- Wein

besonders für schwache Kinder
und Soldaten
in halben und vollen Flaschen
empfehlen

Jean Engel, Braubach.

Winkochbüchsen

mit Gummiring
zum Versand ins Feld empfiehlt
Julius Rüping.

Dreifussstiefeleisen
wieder eingetroffen
Julius Rüping.

Batterien zu Taschenlampen

neu angekommen.
Gg. Phil. Clos.

Fleischextrakt- Ersatz

Marke: „Plantor aus Oßena
empfiehlt Jean Engel.

Spielkarten

das Pat. I. — M.
neu eingetroffen.
A. Lemb.

Bester Mörtel

zum Ausmörteln der Chamott-
steine für Ofen und Herde,
sowie auch
Chamottsteine
empfiehlt
Gg. Phil. Clos.

Hand- arbeiten

— schöne preiswerte Sachen —
neu eingetroffen
Hnd. Tsch. u. S.

Indersell, Schuermere (Wachsware)

A. A. Heise
„Seifenpulver
Waschpulver
(markenfrei)

Schmierwaschmittel, Apfelwein

zum Höchstpreis
empfiehlt
L. Eschenbrenner
Frieda Eschenbrenner.

Handarbeiten

in schönem Reichthum bei
Geschw. Schumacher.

Räucherlampen, Sturmlaternen, Handlaternen

empfiehlt
Julius Rüping.

Sämtliche Neuheiten in

Herren- und Knaben- Mützen

eingetroffen zu realen Preisen
R. Neuhaus.

Für Schneiderinnen

Hübsche Auswahl
in Spitzen und Ein-
sähen.
Große Auswahl in

Knöpfen

Echte
Chappseide
in farbig a. B. 25 Pig.

Geschw. Schumacher.

Kaffeebrenner u. Kaffeemühlen

wieder angekommen
Gg. Phil. Clos.

Herrn- Socken

in Wolle und Baumwolle bei
Geschw. Schumacher.

Briefpapier

neue Sendung
empfiehlt preiswert
Papiergeschäft Lemb.

Herren-Kragen und Schlipsen

„großer Auswahl“
Geschw. Schumacher.

Rohlenlöffel, Stocheisen und sämtliche Feuergeräte

wieder zu haben bei
Georg Philipp Clos.

Herrn- Schlipse

in schönem Auswahl bei
Geschw. Schumacher.

Leibbinden, Kniwärmer, Sungenschüler

in großer Auswahl.
R. Neuhaus.

Jugendbücher

für Knaben und Mädchen
in jedem Alter
preiswert zu haben in der
Buchhandlung Lemb.

Damenwesten

in reicher Auswahl empfiehlt
Rud. Neuhaus.

Krepppapier

in allen Farben
per Rolle 40 Pfg.
neu eingetroffen bei
A. Lemb.

Reiselektüre

in großer Auswahl neu
eingetroffen.
Buchhandlung A. Lemb.

Damen- Unterröcke

in großer Auswahl
Rudolf Neuhaus

Gutz. Dreifüße zum Selbstbesohlen der Schuhe

empfiehlt
Gg. Phil. Clos.

Nähgarn

gute Fabrikate
und können abgeben:

1000 yards-Mollen s. h. t. e. Nähgarn per Rolle Mark 9.20
500 „ „ „ „ „ „ 5.20
200 „ „ „ „ „ „ 2.20
80 „ „ „ „ „ „ 1.50

schwarz und weiss Geschw. Schumacher.

— in Gr. 1—6 —
in schöner preiswürdiger Auswahl

Rinder-Anzüge

— in Gr. 1—6 —
in schöner preiswürdiger Auswahl

Rudolf Neuhaus.

Nassauische Lebensversicherungs-Anstalt

verwaltet durch die
Direktion der Nassauischen Landesbank
Wiesbaden.

Höchst garantierte Versicherungs-
summen bei niedrigsten Prämien.
Sämtliche Ueberschüsse gehören den Versicherten.

Alle Arten von Lebens-
und Volksversicherungen

Vertreter für Braubach und Umgebung:
Redakteur Lemb, Braubach

Rinder - Kleidchen

gute Ware, reiche Auswahl
vorhandig bei

Geschw. Schumacher.

— in Gr. 1—6 —
in schöner preiswürdiger Auswahl

Rinder - Kleidchen

gute Ware, reiche Auswahl
vorhandig bei

Geschw. Schumacher.

— in Gr. 1—6 —
in schöner preiswürdiger Auswahl

Rinder - Kleidchen

gute Ware, reiche Auswahl
vorhandig bei

Geschw. Schumacher.